

Anja Pistor-Hatam

Nachdenken über eine Aussage: »Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland«¹

In seiner Rede zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit sagte Bundespräsident Christian Wulff: »Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.« Dieser Satz löste eine heftige Diskussion unter PolitikerInnen und FeuilletonistInnen aus. Dabei hatte der frühere Innenminister Wolfgang Schäuble bereits im März 2008 erklärt: »Der Islam ist längst ein Teil unseres Landes.« Falls es sich bei beiden Aussagen, wie zu vermuten ist, um Feststellungen handelt, stellt sich doch die Frage, warum die Aufregung zuletzt im Herbst 2010 wieder so groß war. In den vergangenen Jahren ist vor allem von PolitikerInnen und VertreterInnen der Medien immer wieder das ›christlich-jüdische Erbe‹ betont worden, welches das ›christliche Abendland‹ inzwischen offenbar weitgehend ersetzt hat. Dieses ›christlich-jüdische Erbe‹ wird hervorgehoben, um eine vermeintliche gemeinsame christlich-jüdische Tradition in Deutschland zu behaupten, welche sich gegen islamische Einflüsse abzugrenzen hat. Angesichts der Tatsache, dass die Diskriminierung, Vertreibung und Ermordung von Juden in Deutschland² noch keine siebzig Jahre her ist, dass es auch während der viel zitierten Aufklärung nur wenige nichtjüdische Deutsche waren, die sich für die Gleichberechtigung von Juden einsetzten, und dass bis heute in der Bundesrepublik nicht nur latenter, sondern auch offener Antisemitismus weit verbreitet ist, ist dieser plötzliche einseitige Schulterchluss im besten Falle bedenklich, im schlimmsten Falle eine Verhöhnung der jüdischen Opfer von Verfolgung, Diskriminierung und Vernichtung. Salomon Korn, Architekt und Vizepräsident des *Zentralrats der Juden in Deutschland*, hat in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* vom 26. Januar 2011 auf die Problematik dieser »Umar-

1 So Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 2010, nachzulesen unter http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html (3.10.2010).

2 Salomon Korn spricht von einer Entwicklung »vom Juden in Deutschland über den deutschen Juden hin zum jüdischen Deutschen«. Er selbst sieht sich als jemand, der sich auf dem Weg vom »Juden in Deutschland zum deutschen Juden« befindet. <http://www.sueddeutsche.de/politik/interview-mit-salomon-korn-leitkultur-ist-nah-dran-an-kulturdiktatur-1.1050817> (26.1.2011).

mung« durch nichtjüdische Deutsche hingewiesen und bemerkt, dass sich so etwas wie »christlich-jüdische Wurzeln« in der deutschen Vergangenheit kaum finden ließen.³ Auf einmal wird das Judentum als Religion, wird jüdische Kultur entgegen jeder historischen Realität vereinnahmt und eingemeindet, weil es geboten scheint, eine vermeintliche Tradition gegenüber einem neuen Akteur zu betonen, der offensichtlich in erster Linie als Gegner und Gefahr wahrgenommen wird. Abgesehen von der Frage, was dies über das Verhältnis der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft zu ihrer jüdischen Minderheit aussagt – das o. g. Stichwort ›Umarmung‹ weist bereits darauf hin, dass es sich hierbei um einen Übergriff handelt und nicht etwa um einen Akt des Einverständnisses und des gegenseitigen Respekts⁴ – muss man sich fragen, welche Konsequenzen diese Erfindung einer angeblich ›christlich-jüdischen Tradition‹ in Deutschland für die dadurch ausgegrenzte *muslimische* Minderheit in diesem Land hat.

Zu Recht hat Wolfgang Benz, Professor für Geschichte und bis Mai 2011 Direktor des Berliner *Zentrums für Antisemitismusforschung*, darauf hingewiesen, dass sich durchaus Parallelen zwischen der gegenwärtigen Verunglimpfung von MuslimInnen (Gleichsetzung des Islams mit Terrorismus, muslimische Frauen als ›Gebärmaschinen‹ etc.) und der antisemitischen Polemik des 19. Jahrhunderts ziehen lassen.⁵ Besonders aggressiv reagieren Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft offenbar gerade dann, wenn die Angehörigen der ›anderen‹ Religion sich in der Gesellschaft emanzipieren und ein Teil von ihr werden, wenn sich die Synagoge als repräsentativer Teil des Stadtbildes etabliert oder die Moschee – mit oder ohne Minarett – als weithin sichtbares Symbol für die Existenz einer großen Zahl von MuslimInnen und ihres Glaubens aus dem Hinterhof geholt wird.⁶

Sogenannte ›Islamkritiker‹ oder BürgerInnen, die sich gegen den Bau von Moscheen einsetzen, vermischen häufig verschiedene gesellschaftspoli-

3 Ebd.

4 Wolfgang Benz spricht in diesem Zusammenhang von einem »aggressiven, aufgesetzten Philosemitismus«. Vgl. <http://www.sueddeutsche.de/politik/antisemiten-und-islamfeinde-hetzer-mit-parallelen-1.59486> (4.10.2010).

5 Ebd. Siehe hierzu auch das kürzlich erschienene Buch Wolfgang Benz, *Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Bilanz und Perspektiven*, Berlin 2011. Ignatz Bubis, der frühere Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat auf diese Ähnlichkeiten bereits in den 1990er Jahren hingewiesen. Vgl. Kai Hafez, »Mediengesellschaft – Wissensgesellschaft? Gesellschaftliche Entstehungen des Islambildes deutscher Medien«, in Thorsten Gerald Schneiders (Hg.), *Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*, Wiesbaden 2009, S. 99–117, hier S. 99.

6 Siehe auch <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/historiker-wolfgang-benz-verteidigt-seine-thesen/1391584.html> (9.12.2008).

tische und religiöse Ebenen. Einerseits wird die Existenz von MuslimInnen in Deutschland, die bereits seit geraumer Zeit im öffentlichen Raum sichtbar ist, als bedrohlich empfunden, da zumindest ein Teil dieser Menschen durch »fremde« Kleidung, Sprachen, Gewohnheiten und religiöse Riten auffällt⁷ (das Essen muss hier ausgenommen werden, da die Vielfalt von Speisen deutlich positiver aufgenommen wird als die Vielfalt derjenigen, die diese Speisen traditionellerweise zubereiten). In einem säkularisierten Land wie Deutschland, in dem sich immer weniger Menschen aktiv dem christlichen Glauben zuwenden, scheint es vielen als Bedrohung, wenn die Angehörigen einer dem Christentum insgesamt doch recht ähnlichen monotheistischen Religion ihren Glauben tatsächlich leben, im öffentlichen wie im privaten Raum. Eine grundsätzliche Frage, die jedoch nur sehr selten gestellt wird, lautet, warum wir – im Sinne der normativen Mehrheit – uns von muslimischen Gläubigen, ihrer Anwesenheit, ihrer Kleidung oder ihren religiösen Riten bedroht fühlen. Weshalb rufen Kopftuch tragende Musliminnen in uns z. T. so starke Widerstände hervor, dass wir diese Kopfbedeckung nur mit Mühe dulden, sie aber nach Möglichkeit zumindest im öffentlichen Dienst einschränken wollen? Weshalb steht eine Kopfbedeckung als Symbol für eine Religion, die wesentlich komplexer, differenzierter und vielfältiger ist, als es ein Stück Stoff zum Ausdruck zu bringen vermag? Und weshalb fanden die populistischen und rassistischen Thesen eines Thilo Sarrazin so starken Anklang bei einem großen Teil der Bevölkerung dieses Landes?⁸ In der Auseinandersetzung mit Muslimen sollten auch solche Fragen, die wir an uns selbst richten müssen, eine Rolle spielen.

Andererseits gibt es eine berechtigte Angst vor islamistischem Terrorismus, der spätestens seit dem 11. September 2001 in das Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt ist. Zusätzliche gewalttätige Ausschreitungen in muslimischen Ländern ebenso wie in solchen der »westlichen« Welt, wie sie nach der Veröf-

7 Zu weiteren Gründen für die »verbreitete Skepsis gegenüber dem Islam« vgl. Heiner Bielefeldt, »Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam«, in Schneiders, *Islamfeindlichkeit* (Fn. 5), S. 167–200, hier besonders S. 168–171.

8 Zur Auseinandersetzung mit der Definition von »Rassismus« in Deutschland, u. a. im Zusammenhang mit Sarrazins Thesen, vgl. Hendrik Cremer, »Was ist eigentlich Rassismus«, in *Tangram* 27 (2011), S. 101–104. Cremer verweist hier auf das sehr enge, mit den Verbrechen des Nationalsozialismus verbundene Verständnis von »Rassismus« in Deutschland, welches bereits vom UN-Ausschuss gegen Rassismus und der Europarats-Kommission gegen Rassismus kritisiert worden sei. Seiner Ansicht nach – und diese Ansicht vertritt eine große Zahl von RassismusforscherInnen – hat sich längst ein kulturalistisch begründeter Rassismus durchgesetzt, der Menschen nicht mehr aufgrund ihrer »Rasse«, sondern aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen angeblich homogenen Gruppen wie »Kulturen«, »Nationen«, »Ethnien« oder »Religionen« stereotyp beurteilt.

fentlichung der Muhammad-Karikaturen durch die dänische Zeitung *Jyllands Posten* im September 2005 zu beobachten waren, verstärken das Gefühl der Bedrohung durch ›den Islam‹. Gegen eine solche Gefahr helfen, wie im Falle aller Terrorisimen, klare politikwissenschaftliche Analysen, eine gründliche Arbeit der Geheimdienste und ein Maß an Sicherheitsvorkehrungen, welches zumindest einige Formen der Bedrohung verringern kann. Eine allgemeine Hysterie, die Muslime unter Generalverdacht stellt, ist sicherlich nicht hilfreich.

Aber was bedeutet die Aussage, ›der Islam‹ sei Teil unseres Landes und damit unserer Gesellschaft und unseres Alltags, und welche Konsequenzen ergeben sich für uns alle daraus? Beim Nachdenken über diese Frage gerät als erstes ›der Islam‹ als normative ebenso wie als gelebte Religion in den Blick. In der Fachwelt wird heute häufig von ›den Islamern‹ gesprochen, denn von einem Islam kann man höchstens in Hinblick auf die gemeinsamen Grundlagen sprechen, d.h. wenn man sich auf den Koran und seinen Propheten Mohammed bezieht. Ansonsten gibt es den Islam in Form verschiedener Glaubensrichtungen (Sunniten, Schiiten etc.), unterschiedlicher Rechtsschulen, vielfältiger gelebter Praxis, politischer Ideologien etc. Diese Religion ist ebenso wenig wie z. B. das Christentum ein handelndes Subjekt, das mit anderen derartigen Subjekten einen ›Krieg der Zivilisationen‹ führen könnte. Auch der Islam ist eine Religion, die seit ihrer Gründung einem ständigen Prozess der Veränderung und Neudefinition unterlag, ebenso wie die MuslimInnen, die sich mit ihrer Religion, deren Grundlagen sowie deren Bedeutung und Umsetzung im Alltag durchgehend auseinandersetzen – auch wenn VertreterInnen des modernen Islamismus gerne behaupten, es gebe einen zeitlosen, unwandelbaren Islam, der im Laufe der Zeit verfälscht worden sei. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den grundlegenden Bestandteilen des Islams ebenso wie mit der Geschichte seiner Doktrinen und Ideologien bedarf selbstverständlich fundierter Kenntnisse. Ohne die Beherrschung zumindest der arabischen Sprache, ohne ein Verständnis von den Entwicklungen, welche die islamische Theologie und Rechtsgelehrsamkeit im Verlaufe der Jahrhunderte genommen haben, ohne die Fähigkeit, heutige Entwicklungen entsprechend einordnen und bewerten zu können, ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem Islam nicht möglich. Die Auseinandersetzung mit gegenwärtigen islamischen Ideologien, islamistischen Konzepten oder mit den unterschiedlichsten Ausprägungen muslimischen Lebens in Deutschland bedarf grundsätzlich einer von Respekt getragenen, liberalen und aufgeklärten Diskussionskultur.⁹ Zu dieser

⁹ Heiner Bielefeldt nennt drei Aspekte, die seiner Ansicht nach beim Umgang mit den Ängsten vor ›dem Islam‹ besonders wichtig sind: »Es sind dies (1) der Verzicht auf monokausale Erklärungen, insbesondere solcher Erklärungen, die einseitig bei kulturellen oder

Diskussionskultur gehört in besonderem Maße die Suche nach einer ›Kultur der Verständigung‹¹⁰ anstelle von Ausgrenzung, Stereotypisierung und Bevormundung. Im Gegensatz zu dieser ›Kultur der Verständigung‹ und der geforderten aufgeklärten Diskussionskultur wird die Debatte um ›den Islam‹ in ihren unterschiedlichen Facetten allzu häufig auf eine Art und Weise geführt, die der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, nach den Anschlägen des 11. September 2001 und den darauf folgenden pauschalen Verurteilungen des Islams und der MuslimInnen als ›Islamophobie‹ bezeichnete. Dieser Begriff meint »*negativ-stereotype Haltungen* gegenüber dem Islam und seinen tatsächlichen oder mutmaßlichen Angehörigen. Eine islamophobe Einstellung kann sich unter anderem in verbalen Herabsetzungen und Verunglimpfungen, strukturellen Diskriminierungen oder auch tatsächlichen Angriffen gegenüber Menschen mit muslimischem Hintergrund ausdrücken«¹¹ – damit beinhaltet sie klassische rassistische Verhaltensmuster. MuslimInnen werden auf ihr tatsächliches oder vermeintliches Muslimsein reduziert und es werden ihnen stereotype Verhaltensmuster zugeschrieben, die manch einer sogar auf Vererbung zurückführt. Insofern ist die Islamophobie auch eine Form des kulturalistisch begründeten Rassismus.¹²

Eine ›Kultur der Verständigung‹, die den Rahmen für eine aufgeklärte Diskussionskultur gibt, blendet die Probleme nicht aus. Sie tut nicht so, als gäbe es keine Ängste, sozialen Spannungen, Aggressionen, unterschiedliche Lebenswelten, Überzeugungen und Traditionen der verschiedenen Menschen und Gruppierungen in diesem Land. Es geht ihr nicht um ein buntes, harmoniesüchtiges ›Multikulti‹, sondern darum, dass tatsächlich eine Verständigung stattfindet, die Vielfalt wahrnimmt, zulässt und respektiert. Die Basis für eine Verständigung zwischen MuslimInnen und NichtmuslimInnen, zwischen Aufnahmegesellschaft und EinwanderInnen, zwischen Schwarz/*peoples of colour* und Weiß ist jedoch die Bereitschaft, sich aufeinander einzulassen und als gleichberechtigte PartnerInnen miteinander umzugehen. Abgesehen von der notwendigen Fähigkeit, Kritik sowohl konstruktiv zu üben als auch

religiösen Faktoren ansetzen; (2) die Überwindung kulturessentialistischer Vorstellungen von einem zeitlosen Wesen des Islam; (3) ein Verständnis von Aufklärung, das diese als unabgeschlossene gesamtgesellschaftliche Lerngeschichte begreift.« Bielefeldt, *Islambild* (Fn. 7), S. 171. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist das folgende Buch: Patrick Bahners, *Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift*, München 2011.

10 Für eine ›Kultur der Verständigung‹ zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe und Herkunft setzt sich der Verein *Phoenix e. V.* ein, der für seine antirassistische Arbeit im September 2010 den Aachener Friedenspreis erhielt. Vgl. <http://www.phoenix-ev.org/>.

11 Bielefeldt, *Islambild* (Fn. 7), S. 182.

12 Siehe hierzu auch ebd., S. 183.

anzunehmen und umzusetzen, verlangt die ›Kultur der Verständigung‹ von der Mehrheit im Sinne der oben gestellten Fragen, sich selbst kritisch zu reflektieren, eigene Denkmuster und Verhaltensweisen zu hinterfragen und den RepräsentantInnen von Minderheiten im Großen wie im Kleinen einen Freiraum einzuräumen, ihnen zuzuhören und ihre Sicht der Dinge zu respektieren. Die ›Umarmung‹ einer Minderheit, wie sie Salomon Korn hinsichtlich der ›christlich-jüdischen Tradition‹ konstatiert, birgt jedoch eher die Gefahr ihrer Erstickung. Im günstigsten Fall kann eine solche ›Kultur der Verständigung‹ – wie im Falle des Moscheebaus in Duisburg-Marxloh – dazu führen, dass Vorurteile und Vorbehalte bereits im Vorfeld ausgeräumt werden und der Umzug einer Moschee aus dem Hinterhof in das Stadtbild mit Hilfe und in Zusammenarbeit aller Beteiligten gelingt.

Gehört der Islam also zu Deutschland? Im Sinne der Feststellung einer sozialpolitischen und historischen Realität ist das sicherlich der Fall. Doch zeigen die weiterhin andauernden Reaktionen auf die Rede des Bundespräsidenten Wulff, dass es hier nicht um die *Feststellung* von Tatsachen, sondern um das *Akzeptieren* von Realitäten und um die Verteidigung ideologischer Grundhaltungen geht. Wenn ›der Islam‹ und ›die Muslime‹ als ›das Andere‹ schlechthin begriffen werden, wenn man diese Konstruktionen weiterhin benötigt, um sich in Abgrenzung zu ihnen ständig selbst zu definieren und zu erfinden, weil ›das Eigene‹ ›das Fremde‹ benötigt, ist es schwierig, diese Andersartigkeit aufzubrechen. ›Der Islam‹ und ›die Muslime‹ werden erst dann zu Deutschland gehören, wenn ihre politische und gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen des Lebens selbstverständlich sein wird. Letztlich geht es also um die Bereitschaft aller und die Möglichkeit für alle, auf der Grundlage des Grundgesetzes und der darin verankerten menschenrechtlichen Prinzipien gleichberechtigt an dieser Gesellschaft teilzuhaben. Es geht um Toleranz und mehr noch, um Respekt vor den unterschiedlichen Lebensentwürfen und der Vielfalt der Menschen und ihrer Lebenswelten in diesem Land.